Hundsfelder Stadtblatt

Mit den amtlichen Bekanntmachungen.

Dieses Blatt erscheint Sonnabend und Mittwoch früh. — Preis pro Monat 50 Goldpfennig, ausschließlich Botenlohn bezw. Postgebühren. Erfüllungsort Hundsfeld bei Breslau.

Zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung für Hundsfeld, Sacrau und Umgegend.

Fernsprecher Nr. 44.

Insertionsgebühr für die einspaltige kleine Zeile 10 Goldpfennige, außerhalb des Kreises 15 Goldpfennige, Reklamezeile 30 bezw. 45 Goldpfennige. Inserate werden bis Dienstag bezw. Freitag nachm. 2 Uhr in der Geschäftsstelle, Breslauerstraße 22, angenommen.

Nr. 62 | **Sonnabend, den 2. August 1924** | **20. Jahrg.**

Der Marsch ins Defizit.

Wiederholt hat der Reichsfinanzminister Dr. Luther Presse- wie Volksvertretern gegenüber die Lage der deutschen Reichsfinanzen als außerordentlich ernst bezeichnet. Leider mit nur zu gutem Grunde. Schon nach der ursprünglichen Aufstellung des Etats blieb ein Fehlbetrag von 470 Millionen Goldmark, der durch Anleihe gedeckt werden muß. Inzwischen sind die Ziffern vielfach überholt und das Etatsbild wesentlich verdüstert. Für den Herbst rechnete man noch vor kurzem mit einem Defizit von 140 Millionen. Wenn die Parteianträge in den Reichstagsausschüssen zur Durchführung gelangten, wären es einige hundert Goldmillionen mehr.

An Einnahmen stehen in der Hauptsache nur noch diejenigen aus Steuerquellen zur Verfügung, nicht mehr Ueberschüsse aus Betriebsverwaltungen. Bei der Schätzung der Steuererträge ist man einstweilen auf bloße Vermutungen angewiesen. Früher konnte der Durchschnitt der letzten 3 oder nachher 2 Jahre als Unterlage herangezogen werden. Augenblicklich aber fehlt die Vergleichsfähigkeit, und so läßt sich nur an höchst unsichere Merkmale anknüpfen. Der wirkliche Ertrag kann sehr viel unter dem geschätzten liegen. Wenn einstweilen die Eingänge günstig waren, so wird auch bereits der Juni namentlich bei der Einkommen- und Vermögenssteuer einen bemerkenswerten Abstieg. Nach der Einkommenstatistik für 1922 ist in Deutschland mit etwa 29 Millionen Menschen zu rechnen, die verdienen. Von diesen zahlen 2,5—3 Millionen überhaupt keine Steuern, weil ihr Einkommen zu gering ist, und 19,5 Millionen entfallen auf solche Lohn- und Gehaltsempfänger, die ausschließlich zur Lohnsteuer veranlagt sind. Nur 1924 ist der Ertrag der Einkommensteuer auf 1344 Millionen Goldmark angeschlagen. 90 Prozent werden davon den Ländern und Gemeinden überwiesen. Auch die restlichen 10 Prozent kann das Reich als Reichseinnahme nicht betrachten, da es zunächst seine Erhebungskosten decken muß. Durchschnittlich beträgt die steuerliche Belastung des Einkommens gegenwärtig 27,7 Proz. gegen 10,9 Proz. im Jahre 1913. Was die letzten Monatseinnahmen anlangen, so entfielen auf den Lohnabzug 96 Millionen, auf andere Einkommensteuern 55,6 Millionen (73,4 Millionen im Vormonat). Die Vermögenssteuer erbrachte im Mai 38,6, im Juni nur noch 12,8 Millionen. Hier machte sich bereits die Wirtschaftskrisis bemerkbar, die sich noch verschärfen dürfte.

Dazu kommt, daß der Gesamtetat auf der Voraussetzung der Freiheit des Rhein- und Ruhrgebiets beruht. Diese Freiheit ist aber bisher nicht erreicht. Der Dawesbericht soll sie erst bringen. Die Termine dafür schieben sich immer weiter hinaus, und so steht ein immer größerer Teil des Jahres noch unter den finanzpolitischen Folgen des Ruhreinbruchs. Für das Jahr war der dadurch bedingte Einnahmeausfall auf 800 Millionen berechnet, wovon ein Teil bereits auf das Konto des laufenden Jahres entfallen ist und noch zu entfallen drohte.

Blickt man über das laufende Jahr hinaus, so ist ja allerdings ein Haushaltsmoratorium gewährt. Doch schon im dritten Jahre erwarten die Sachverständigen aus den Reichseinnahmen Ueberschüsse für die Reparationszahlungen in Höhe von 110 Millionen Goldmark, im vierten Jahre von 500 Millionen Goldmark und im fünften Jahre, dem ersten Normaljahr, von 1250 Millionen Goldmark. Die Zölle und die wichtigeren Verbrauchssteuern sollen diesen Betrag erbringen und deshalb unter fremde Verwaltung gestellt werden. Damit aber entgehen die genannten Summen dem Reiche und müssen durch andere Einnahmen ersetzt werden.

Die Eisenbahnen schalten gleichfalls als Einnahmequellen aus. Was das finanziell bedeutet, zeigt die Tatsache, daß allein die preußischen Bahnen im Jahre 1913 einen Ueberschuß von 234 Millionen Goldmark ergaben, nicht weniger als 54 Proz. der preußischen direkten Steuern. Nicht nur den Ueberschuß verlieren wir in Zukunft, sondern auch die Beförderungssteuer, die ebenso wie Zölle und Verbrauchssteuern dem Reparationskonto zugeführt werden soll.

Nur Einnahmevermehrungen und Ausgabebeschränkungen können hier helfen. In ersterer Hinsicht ist man zum Teil mit dem Vorschlag, die Besitzsteuern zu erhöhen, rasch bei der Hand. Aber der Besitz ist entwertet, und schon jetzt klagen Industrie und Landwirtschaft über nichts so sehr wie über den Druck der Steuerlast. Als entwicklungsfähig kann wohl nur die mit dem geringen Ertrag von 30 Millionen in den Etat für 1924 eingestellte Erbschaftssteuer gelten. Ausgaben lassen sich nur rechtfertigen, wenn dafür Deckung vorhanden ist oder geschaffen wird. Diesen Grundsatz hat die Regierung selbst auf Kosten ihrer Popularität auf das strengste zu vertreten und findet dabei hoffentlich die Unterstützung aller derjenigen Parteien, die sich nicht von Agitationsinteressen, sondern vom Staatsgedanken leiten lassen.

Bayern und die Verfassungsfeiern.

Zu den Maßnahmen der bayrischen Regierung gegen öffentliche Feiern machte der bayrische Minister des Innern, Stützel, vor Pressevertretern Erläuterungen, in denen er auch über die Haltung der bayrischen Regierung zu der Feier des Verfassungstages sprach. Er erklärte, die bayrische Staatsregierung achte die Reichsverfassung. Aber sie habe nie Zweifel darüber gelassen, daß sie in verschiedenen Punkten die Abänderung der Verfassung, selbstverständlich auf gesetzlichem Wege, anstrebe. Eine Beteiligung der bayrischen Regierung an der Verfassungsfeier würde deshalb wie Heuchelei aussehen. Es sei etwas anderes, die Reichsverfassung zu achten und sie zu schützen, als sie zu feiern.

Als der jetzige bayrische Ministerpräsident seine Regierung antrat, betonte er mit besonderer Wärme, daß er am Reich festhalten wolle. Inzwischen sind aber in Bayern so viel Beschlüsse zustande gekommen und soviel Verlautbarungen gegen den Standpunkt der Reichsregierung erfolgt, daß man in Versuchung kommt, anzunehmen, Bayern stelle sein Eigenleben über die Interessen des Deutschen Reiches. Es paßt ganz in den Rahmen dieser Dinge, erweitert ihn vielmehr, wenn Bayern nunmehr auch keine staatliche Verfassungsfeier stattfinden läßt.

Kleine politische Nachrichten.

— **Vom Staatsgerichtshof verworfen.** Der Staatsgerichtshof hat die Beschwerden gegen die Durchsuchungen im Reichstag und Landtag verworfen.

— **Reichsverfassungsfeier in Weimar.** Neben den Verfassungsfeiern, die zum 11. August d. J. allerorten begangen werden sollen, ist eine große, eindrucksvolle Reichsverfassungsfeier in Weimar am 10. August geplant, die vom „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" vorbereitet wird.

— **Die 6er-Kommission in Berlin.** Wie die Telegraphen-Union von unterrichteter Stelle erfährt, haben über die Frage der Verlängerung der Micumverträge am gestrigen Mittwoch Besprechungen innerhalb der Reichsregierung stattgefunden. Die Verhandlungen der 6er-Kommission mit der Micum dürften heute ihren Fortgang nehmen.

— **Von der Reichsbahn.** Der Reichsverkehrsminister hat den ständigen Ausschuß des Reichseisenbahnrates zu einer Sitzung auf Dienstag, den 5. August, vormittags 10 Uhr, im großen Sitzungssaale des Potsdamer Personenbahnhofes in Berlin berufen. Gegenstand der Tagesordnung ist eine allgemeine Aussprache über die finanzielle Lage der Reichsbahn und die künftige Güter-Tarifpolitik, sowie einzelne Tariffragen.

— **Die „Vossische" im besetzten Gebiet verboten.** Durch Verfügung des oberkommandierenden Generals im besetzten Gebiet ist die Vossische Zeitung bis zum 25. September 1924 für das besetzte Gebiet verboten worden, weil sie am 22. Juli unter dem Titel „Französischer Militarismus" die Parade vom 14. Juli in Düsseldorf lächerlich gemacht hat.

— **Der Doktor „ehrenhalber".** Poincaré wird sich am Freitag nach Lüttich begeben, wo ihn die Universität zum Doktor honoris causa ernennen wird.

Der Mann mit der Maske.

Roman von Luise Westkirch.

13 (Nachdruck verboten.)

Inzwischen war es für ihre künftige Sicherheit durchaus notwendig, ihren Feind kennen zu lernen. Es lebte auf der Welt nur ein Mensch, der Nutzen von ihrem Tod ziehen konnte. Und wenn der Verdacht auf gerade diesen Menschen auch grausig und unnatürlich schien — ein Arzt hört und sieht manche verborgene Dinge — verschiedene Vorkommnisse in dem Leben meines Vetters, besonders seine zügellose Leidenschaft für eine andere, ließen diesen Verdacht nicht ganz ungerechtfertigt erscheinen. Die schwarze Maske gab mir zu denken. Ein Mörder, der sein Opfer nicht kennt, hat kaum Ursache, sein Gesicht zu verhüllen. So wandte ich mich an Herrn Holt als den scharfsinnigsten Löser kriminalistischer Rätsel, und bat ihn, die Nachforschung in die Hand zu nehmen. Bald schon begann er meinen Verdacht zu teilen, aber die blindigen, ausschlaggebenden Beweise fehlten uns. Und da die Suche danach sich in die Länge zog, der Mörder aber in seiner Sicherheit nicht gestört werden durfte, habe ich es auf mich genommen, mich verhaften zu lassen, ja ich habe die Verhaftung sogar provoziert, indem ich den zerrissenen Umschlag von Fräulein von Rackenaus Geldbrief in meinen Papierkorb warf. Das Wild sollte, die Gefahr überwunden wähnend arglos in die Falle gehen. Und es ist in die Falle gegangen. Seit vorgestern hat Herr Holt den letzten Ring gefunden, der die Kette der Beweise gegen Armin von Rackenau schließt."

Mit sehr verdutztem Gesicht hatte Kriminalkommissär Tannapfel den Gang der Ereignisse, die schlagende Rechtfertigung des von ihm dem Gericht eingelieferten Verbrechers verfolgt. Hatte der Rival sich ihm abermals überlegen erwiesen, der hinterlistige Heuchler! während er sich blind und dumm stellte?! —

Auf einen Wink des Vorsitzenden trat Holt vor die Schranken und begann seinen Bericht.

„Nachdem Herr Doktor Nettelbrook mich mit der Ermittlung des Mörders beauftragt hatte, begab ich mich sofort zu Herrn von Rackenau und bot ihm meine Dienste an. Er zeigte zunächst wenig Neigung für eine allzugenaue Erforschung des Verbrechens. Ich gab mich aber so einfältig und tölpelhaft, daß mirs gelang, ihn von meiner Ungefährlichkeit zu überzeugen. Auch hielt ich ihm als Lockmittel die Auffindung der Leiche vor. Daran war ihm gelegen. Natürlich! denn ohne Auffindung der Leiche vorderhand keine Auszahlung des Erbes. Nachdem ich so die günstigste Basis für meinee Nachforschungen gewonnen hatte, durchstöberte ich Haus, Strand und Wald von Dornhagen und fand endlich in einer Tannendickung hier diese Maske."

Holt legte sie auf den Tisch.

„Wie Sie sehen hat der Regen sie wenig beschädigt. In ihrer weißen Innenseite trägt sie noch erkennbar, eine Nummer. Ich habe mich in allen in Frage kommenden Läden nach dem Käufer erkundigt, — in unserer Stadt, in der Nachbarstadt, in Kiel. Niemand konnte oder wollte sich seiner erinnern. Wohl aber ertappte ich Herrn von Rackenau eines Morgens, wie er in dem Tannendickicht eifrig nach dieser Maske suchte. Ich bin auch in seiner Stadtwohnung gewesen. Als ich ihn und den Burschen abwesend wußte, öffnete ich mit einem Dietrich die Tür seines Zimmers und seinen festverschlossenen Schrank. Ich fand weder Bettleranzug noch Höcker, weder Dolch noch Gift. Herr von Rackenau hatte Zeit gehabt, alle Spuren zu vertilgen. Nichts fand ich als dies Stückchen Papier, das sich in eine Schrankfuge eingeklemmt hatte."

Holt legte es auf den Richtertisch. Es war die Vorderseite einer kleinen Dütte. Ein Totenkopf war darauf gedruckt und darunter stand, mit der Hand geschrieben: „Arsenik".

Holt fuhr fort: „Inzwischen trat Dank der List, Fräulein von Rackenau für tot gelten zu lassen, immer klarer das Motiv des beabsichtigten Mordes hervor, die uralte, ewig neue Triebfeder zu den furchtbarsten Verbrechen: eine bis zur Krankhaftigkeit gesteigerte Liebesleidenschaft. Auf meinem Wachtposten in Dornhagen konnte ich den lebhafter und lebhafter werdenden Verkehr Herrn von Rackenaus mit einer sehr schönen Dame der Gesellschaft beobachten, von der der Volksmund behauptete, daß sie für einen überschuldeten Leutnant unerreichbar geblieben wäre, um die aber der Gutsherr von Dornhagen wohl werben durfte. Doch all diese Indizien waren kein Beweis. Unanfechtbar stand ihnen das prachtvolle Alibi des Herrn von Rackenau gegenüber — ein Alibi, das drei einwandfreie Zeugen unbedenklich beschwören würden. Er war am Sonnabend abend gegen Mitternacht von einem Liebesmahl in seine Wohnung heimgekehrt in so schwerbetrunkenem Zustand, daß zwei Kameraden, der Leutnant von Wartenberg und der Leutnant Brasse ihn zu Bett bringen mußten. Und als am Sonntag Mittag gegen zwölf Uhr der Bote von Dornhagen die Kunde von der Ermordung des Fräulein von Rackenau brachte, hatte der Bursche seinen Herrn aus bleiernem Schlaf wecken müssen. An diesen Tatsachen war nicht zu rütteln. Und wie sorgfältig und hartnäckig ich forschte, — niemand hatte von zwölf Uhr nachts bis zwölf Uhr mittags den Leutnant von Rackenau sein Schlafzimmer verlassen, aus dem Haus gehen, oder ihn dahin zurückkehren sehen, — nicht ihn und nicht den schwarzbärtigen Mann mit dem Höcker.

Da geschah etwas Ueberraschendes: Herr von Rackenau wurde niedergeschlagen von einem Mann mit schwarzem Gesicht! — Heut weiß ich mit Bestimmtheit, daß dieser Schlag von einem der Schmuggler geführt wurde, weil der Bande das ständige Herumlungern des Herrn von Rackenau am Strande unbequem wurde. Aber damals verwirrte mich der Vorfall, der alle meine Berechnungen über den Haufen warf, dermaßen, daß ich sogar die Möglichkeit erwog, daß Doktor Nettelbrook falsches Spiel spiele, den Vetter des Mordes beschuldige und zu beseitigen trachte, um hinterher das immer noch schwer kranke Fräulein von Rackenau doch sterben zu lassen. Ich bitte ihm heut diesen Wahn eines auf die schlimmsten Triebe der menschlichen Seele eingestellten Kriminalistenhirns reumütig ab. Wenige Stunden später hatte ich mir schon die Gewißheit verschafft, daß ich dem wirklichen Mörder auf der Spur war. Aber die Beweise, die den Richter überzeugen mußten, fehlten noch immer! Herr Doktor Nettelbrook war verhaftet, die Schwurgerichtssitzung nicht [illegible] —, und kein einziger stichhaltiger Beweis! —

(Fortsetzung folgt.)

Die endlose Konferenz.

Gestern nur Besprechungen der Delegationsführer.

Das einzige Ereignis der gestrigen Konferenz ist das Zusammentreten der Delegationsführer gewesen. Diese Besprechungen, die seit Beginn der Konferenz täglich abgehalten wurden, haben durch die neuerliche Teilnahme des belgischen Außenministers Hymans und des japanischen Botschafters in London, des Barons Hayashi, erweiterte Bedeutung gewonnen. In der gestrigen Führerbesprechung wurde die von den französischen Delegierten in Aussicht gestellte Vermittlungsformel in der Garantiefrage eingehend durchgesprochen. Gestern wurden keinerlei Kommissionssitzungen abgehalten, dagegen werden heute Sitzungen der ersten und der dritten Kommission stattfinden.

Abreise der Repko.

Die Reparationskommission ist gestern nachmittag 4 Uhr nach London abgereist. Sie wird heute früh in London zu einer offiziellen Sitzung zusammentreten.

Frankreich und die Ruhrräumung.

Havas veröffentlicht folgende Note: Herriot hat dem Parlament bereits wiederholt erklärt, daß er die Räumung des Ruhrgebiets von der völligen Zahlung der Reparationen nicht abhängig machen werde. Er wolle unzweideutig beweisen, daß Frankreich irgendwelche Annexionsgelüste fernliegen, doch wünsche er gleichzeitig, daß Deutschland während einer gewissen Zeit unbestreitbare Beweise eines guten Willens in der Ausführung des Sachverständigenplanes geben werde. Die Unterbringung der 800-Millionen-Anleihe wird das Signal zu einer Zurückziehung unserer Truppen bedeuten. Die französische militärische Räumung wird in drei Etappen vor sich gehen, entsprechend der Unterbringung der deutschen Eisenbahn- und Industrieobligationen. Sobald dieses Resultat erzielt ist, würde die Zurückziehung der französisch-belgischen Truppen stattfinden. Wenn der internationale Finanzmarkt, was ausgeschlossen erscheint, die Unterbringung der deutschen Obligationen nicht so schnell vornehmen kann, so würde die Räumung nichtsdesteweniger bis August 1926 dauern. Die Räumung könne jedoch nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß das Reich die Bestimmungen des Dawesplanes erfüllt habe. Nach Auffassung der französischen militärischen Kreise müßten die britischen Truppen die Kölner Zone auch nach dem 10. Januar 1926 besetzt halten, eventuell mit herabgesetzter Truppenstärke.

Die französischen Sonderwünsche.

Wie aus London gemeldet wird, treten die Führer der Delegation heute nachmittag um 4 Uhr zu einer Besprechung zusammen. Es wird dabei der belgisch-französische Kompromißvorschlag erneut zur Sprache gelangen. Er stützt sich auf Anhang II zu § 18 des Versailler Vertrages, insbesondere auf die §§ 7 und 22.

Der Vorschlag kommt, wie „Information" schreibt, den englischen Forderungen nach Garantien gegen eine selbständige Aktion und dem Verlangen Frankreichs nach Garantien gegen die eventuelle Minderheit Frankreichs in der Reparationskommission und im Uebertragungsausschuß entgegen. Das Blatt sagt weiter: „Wir geben selbstverständlich zu, daß die Kreditoperationen nich tdurch eine unüberlegte Aktion gefährdet werden dürfen, wir wollen uns aber von dem Mechanismus des Dawesgutachtens nicht erdrosseln lassen. Eine selbständige Aktion werde zur Ausführung gelangen, wenn die deutsche Industrie ihren Kontrakt nicht bis zum Jahre 1930 innehalte oder für den Fall, daß im Uebertragungsausschuß, in dem wir nur eine von 6 Stimmen besitzen, ein Konflikt hinsichtlich der Ueberführung von deutschen Beträgen nach dem Auslande oder hinsichtlich ihrer Anlegung in Deutschland entstehen würde."

Der Londoner Korrespondent des Blattes stellt fest, daß die anglosächsische Delegation (es dürften also auch die amerikanischen Vertreter gemeint sein) zur Begründung der Vollmachten des Uebertragungsausschusses Stellung nehmen

Das letzte Wort der Bankiers.

In der Besprechung der Delegationsführer erklärte Kellogg nach Rückfrage bei den Bankiers, daß die Selbsternennung der Schiedsrichter durch die Reparationskommission wahrscheinlich unannehmbar für die Bankiers sein werde. Weiter erklärte Kellogg, daß die Bankiers nicht bereit seien, länger auf die Lösung der politischen Probleme zu warten. Kellogg kündigte sodann an, die amerikanische Delegation werde heute abend nach Fühlungnahme mit den Bankiers einen Gegenvorschlag zum englischen Vorschlag formulieren, in dem ein Höchstmaß von Entgegenkommen der Bankiers niedergelegt sein werde. Dieser Vorschlag werde morgen in der ersten und dritten Kommission vorgelegt werden. Sollte er dort keine günstige Aufnahme finden, so würde sich die amerikanische Delegation in allen Kommissionen auf eine streng passive Beobachtertätigkeit beschränken. Kurz vor Mitternacht verlautete, der neue amerkianische Vorschlag sehe vor, daß die Reparationskommission, ergänzt durch Amerikaner, in erster Instanz entscheiden soll über Nichterfüllung, über etwaige Sanktionen, über Lieferung bezüglich Sachleistungen und Meinungsverschiedenheiten in dem Transferkomitee. Wenn die Reparationskommission keine Einstimmigkeit der Entscheidung erreichen kann, soll der Standpunkt der Mehrheit, sowie der Standpunkt der Minderheit zum Schiedsspruch einem Kollegium vorgelegt werden, das aus zwei oder fünf Schiedsrichtern besteht, die zu diesem Zwecke von der Londoner Konferenz auf Lebenszeit zu ernennen seien. Wenn der französische Vorschlag in abgeänderter Fassung und der neue amerikanische Vorschlag morgen vormittag nicht die Zustimmung des ersten Ausschusses findet, wird die amerikanische Delegation in einer Zusammenkunft der Delegationschefs unter Hinweis auf den Auftrag, der für diesen Fall noch aufrechterhalten wird, wonach die Reparationskommission, Bankiers und Deutschen gemeinsam die Bedingungen und Garantien für die 800-Millionenanleihe beraten sollen, vorschlagen, daß die deutsche Delegation zu diesen Verhandlungen sofort nach London berufen werden soll, auch wenn die politische Formel für die Abschlußarbeiten des ersten Ausschusses noch nicht gefunden worden sei.

Auf Kosten Deutschlands.

Havas meldet aus London: Das Memorandum ist von den Führern der französischen Delegation günstig aufgenommen worden. Die drei Schiedsrichter werden entweder einstimmig von der Reparationskommission oder sonst vom Haager Schiedsgerichtshof ernannt werden. Das französische Angebot, das in der Frage der Feststellung deutscher Verfehlungen ein schiedsrichterliches Verfahren vorsieht, stellt nur der Form nach eine Konzession dar, da Frankreich nicht gewillt ist, in Zukunft die Mehrheit innerhalb der Körperschaften aufzugeben. Es bringt dagegen Vorteile mit sich, die dem Sachverständigenplan in zwei wesentlichen Punkten zu einer vollen Wirkung verhelfen werden. Der Uebertragungsausschuß kann zu einem gewissen Augenblick in den Händen der Agenten für die Reparationszahlungen die Barzahlungen für die Verbündeten festhalten, wenn es zu einer Entwertung der deutschen Währung kommen sollte. Der in Aussicht genommene Schiedsspruch würde es ermöglichen, im gegebenen Falle der Allgewalt des Uebertragungsausschusses entgegenzuwirken. Der französische Vorschlag sieht außerdem vor, daß die deutsche Regierung die Verpflichtung übernimmt, ihre Untertanen zur Ausführung der interalliierten Lieferungen auf einer kommerziellen Grundlage zu zwingen, wenn die alliierten Käufer bei den deutschen Industriellen auf Widerstand stoßen sollten.

Einstellung der Bauten für Besatzungstruppen.

Seit Anfang dieser Woche sind, wie die Kölnische Volkszeitung von gut unterrichteter Seite erfährt, in Düsseldorf sämtliche Arbeiten, die Bauten und Räumlichkeiten für die Besatzung betreffen, eingestellt worden. Es wird vermutet, daß diese Anordnung, die im Einverständnis mit der Besatzungs-Behörde erfolgt ist, mit den Vorgängen in London in Zusammenhang steht.

Freigabe der französischen Häfen für deutsche Schiffe.

Wie die „Vossische Zeitung" erfährt, ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Tagen eine Verordnung bekanntgegeben wird, nach der alle französischen Häfen, auch die in den französischen Kolonien, den deutschen Schiffen zur Benutzung freigegeben werden. Bereits im September soll diese Verordnung Gültigkeit erlangen, und es steht dann zu erwarten, daß nicht nur Cherbourg und Marseilles, sondern auch alle anderen Häfen von den deutschen und den Levantedampfern aufgesucht werden.

Neuer Rückgang des Franken.

Die Tatsache, daß der Frankenkurs seit einigen Tagen wieder zurückgeht und daß diese Bewegung ihren Ausgang von Newyork nimmt, hat in Paris zu dem Gerücht geführt, daß die amerikanischen Bankiers auf die französische Delegation in London einen Druck auszuüben beabsichtigen. Der Dollar mußte an der gestrigen Pariser Börse mit 19,94 bezahlt werden gegen 19,67 am Vortage.

Tumultszenen im französischen Senat.

Der Senat hat nach Beginn der Sitzung eine Vorlage angenommen, wonach die Regierung nach ihrem Ermessen von ihrem Begnadigungsrecht Gebrauch machen kann. Der von der Kammer angenommene Amnestieentwurf ist vom Senat zurückgelegt worden. Die gestern erzielte Lösung ist also nur eine vorläufige, falls die Kammer überhaupt ihre Zustimmung geben sollte. Als der Senator de Monzie, der für das eigentliche Amnestiegesetz sprach, auf den Fall Caillaux zu sprechen kam, wurden ihm von einem Senator der Rechten die Worte zugerufen: „Ihnen sitzt die Liebe zu den Boches im Herzen!" Es entstand ein ungeheurer Tumult. Ein anderer Senator rief dazwischen: „Das ist die ärgste Beschimpfung, die einem Senator je zuteil geworden ist." Die Sitzung wurde unterbrochen. Der Präsident begegnete dem Vorwürfe, die ihm von verschiedenen Senatoren gemacht wurden, mit der Behauptung, daß er die beleidigende Aeußerung nicht vernommen habe und den Redner daher nicht zur Ordnung rufen konnte. Dies geschah bei Wiederaufnahme der Sitzung.

Minister Stützel über Bayern und Reich.

Innenminister Dr. Stützel stellte mit Befriedigung bei einer Pressekonferenz fest, daß in letzter Stunde ein Konflikt Bayerns mit dem Reich vermieden worden sei. Es handele sich hierbei um die Zurückstellung der Beschlußfassung über den Antrag im Reichstag, der die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern verlangt hat. Mit dem Beschluß über die Aufhebung des Verbotes der Kommunistischen Partei in Bayern habe der Reichstag seine verfassungsmäßige Kompetenz überschritten. Dieser Beschluß werde in Bayern nicht durchgeführt werden. Die bayerische Regierung befinde sich in dieser Auffassung in sehr guter Gesellschaft, denn sie habe Grund zu der Annahme, daß die Reichsregierung auf demselben Standpunkt steht.

Noch eine neue Partei.

In Mannheim ist dieser Tage eine neue Partei, und zwar die „Unabhängige Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterbewegung gegründet worden, deren Leitmotiv großdeutsch, christlich und sozial ist und die sich auf republikanischen Boden stellt.

Die finanziellen Schäden des Hitlerputsches.

In Beantwortung einer sozialdemokratischen Anfrage, wie hoch sich die finanziellen Schäden des Hitler-Putsches belaufen, teilte das Finanzministerium mit: Durch die Alarmierung und Verwendung der Landespolizei und der sonstigen Polizei bei den Ereignissen vom 8./9. 11. 23 sind dem Bayerischen Staate Kosten in Höhe von insgesamt 108 698 Goldmark erwachsen. Die Kosten der Alarmierung und Verwendung der Reichswehr sind nach der Auffassung der bayerischen Staatsregierung vom Reiche zu tragen. Für Sachschäden infolge der genannten Ereignisse wurden Entschädigungen im Betrage von rund 2000 Goldmark gewährt. Die einmaligen Entschädigungen belaufen sich bis jetzt auf 1893 Goldmark. An Pensionen und fortlaufenden Renten sind rund 4000 Goldmark jährlich zu zahlen. Entschädigung für Personen- und Sachschäden fallen zur Hälfte dem Reiche, zu einem Drittel dem bayerischen Staate und zu einem Sechstel der beteiligten Gemeinde zur Last. Für die mit den Ereignissen vom 8. bezw. 9. 11. 23 zusammenhängenden Strafverfahren waren einschließlich der Kosten der Bereitstellung von Landespolizei insgesamt 41 975 Goldmark aufgewendet worden. Für die Kosten der Strafverfahren in Höhe von 8633 Goldmark haben die Verurteilten aufzukommen.

Neues vom Tage.

× **Zu Tode gestürzt.** Ein schauerliches Unglück hat sich in Taisten bei Innsbruck beim Aufziehen der großen 40 Zentner schweren Glocke in den Kirchturm ereignet. Der im Turm in der Nähe des Schallochs befindliche Zimmermann Michael Zeiger wollte mit der Hand nachhelfen, um zu verhindern, daß sich die Glocke an dem Uhrzeiger verhänge. Im selben Augenblick riß das Kranseil, an dem die Glocke festgemacht war, und der Bedauernswerte stürzte mitsamt der Glocke 40 Meter tief ab und blieb mit zerschmetterten Gliedern tot liegen.

× **Die Kerkerzelle des Mörders Gavrilo Princip.** Aus Prag wird telegraphiert: Wie aus Theresienstadt gemeldet wird, wurde in der dortigen, noch heute benutzten Festung, die Zelle, in welcher der Mörder Erzherzog Franz Ferdinands, Gavrilo Princip, gefangengehalten wurde, für ewige Zeiten gesperrt.

× **Ueberschwemmungskatastrophen.** In Schweden sind gewaltige Ueberschwemmungen an der Tagesordnung. Bei Lustnoes ist die Landstraße nach Norwegen durch einen fünf Meter breiten und zwei Meter tiefen Kanal durchbrochen worden. Das gleiche ist an anderen Stellen der Fall. Am Klarstrom ist ein beträchtlicher Teil der aufgestapelten Holzlager weggerissen und eine Fährbrücke zerstört worden. Wegen der andauernden Regenfälle steigt das Wasser ständig. — Die erst kürzlich von einer Hochwasserkatastrophe heimgesuchten Provinzen Chinas sind ebenfalls von einer neuen Ueberschwemmung betroffen worden. Nach einem Telegramm der „Newyork Times" sind über 1000 Ortschaften völlig überflutet. Auch die Stadt Tientsin ist bedroht. Die Zahl der Wohnungslosen beträgt 2 Millionen. An mehreren Stellen sind die Eisenbahnverbindungen unterbrochen und für Peking besteht die Gefahr, daß es vom Personenverkehr abgeschnitten wird. Die Ueberschwemmungen haben ungeheuren Ernteschaden verursacht.

× **Zugentgleisung auf der Hamburger Elbbrücke.** Auf der Elbbrücke zwischen Hamburg und Harburg entgleiste ein Teil eines Güterzuges. Sechs Wagen stürzten um und richteten erheblichen Schaden an. Der Personenverkehr wurde nicht gestört.

× **Deutscher Malertag in Hannover.** Vom 31. Juli bis 4. August findet in Hannover der 11. Deutsche Malertag statt. Gleichzeitig hält der niedersächsische Malerbund seinen diesjährigen Bundestag in Hannover ab. Mit diesen Tagungen verbunden ist eine Ausstellung, die unter dem Zeichen „Handwerk und Farbe" am Mittwoch, 30. Juli, in Gegenwart zahlreicher Gäste im Künstlerhause feierlich eröffnet worden ist. Hier ist zum erstenmal der Grundsatz durchgeführt, nur rein handwerkliche Erzeugnisse zur Ausstellung zu bringen.

× **Kampf mit Wilderern.** An der Grenze des Tanner Waldreviers im Harz traf ein Förster auf mehrere Wilderer, die einen Hirsch erlegt hatten. Es entspann sich ein heftiger Kampf. Der Förster schoß den einen Wilderer nieder, einen anderen verwundete er schwer. Die übrigen flüchteten. Der Tote ist ein 70jähriger Mann, der als Wilderer öfter im Harz eine Rolle spielte.

× **Fabrikeinsturz im Regen.** Nach einer Meldung aus Bombay ist infolge der schweren Regengüsse der letzten Zeit ein großer Teil der Baumwollfabrik von Ahmedabad eingestürzt, während die Belegschaft arbeitete. 26 schwerverletzte Arbeiter wurden dem Hospital überführt, während 60 andere noch unter den Trümmern begraben liegen.

× **Abgestürzt und verbrannt.** Wie aus Paris gemeldet wird, stürzte gestern nachmittag in Dijon der Flieger Voisin aus einer Höhe von 1050 Metern mit brennendem Flugzeug ab. Der Pilot ist vollkommen verbrannt.

× **Elektrische Beleuchtung der Eisenbahnen.** Nach dem Eisenbahnunfall von Bellinzona war von Schweizer Seite gewünscht worden, daß nur noch Wagen mit elektrischer Beleuchtung von den angrenzenden Ländern nach der Schweiz übergehen müßten. Wie der Verwaltung der Bundesbahnen nun mitgeteilt wird, hat die Deutsche Reichsbahn die von ihr für den Uebergang nach der Schweiz zu stellenden Kurswagen auf elektrische Beleuchtung umgebaut, sodaß alle mit Gasbeleuchtung versehenen Pesonen- und Packwagen nunmehr zurückgezogen werden können. In allen von Deutschland zu stellenden Zügen, die nach und durch die Schweiz laufen, werden vom 1. August ab nur noch Wagen mit elektrischer Beleuchtung verkehren.

× **Einsturz einer Eisenbahnbrücke.** Ein schweres Unglück ereignete sich in Rödinghausen bei Herford in der Nähe des Rangierbahnhofes der Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke. Ueber die etwa 12 bis 13 Meter lange Hoehne-Brücke war ein Anschlußgleis gelegt worden, um Ziegel abzufahren. Am Sonnabend war die Brücke von der Bahn zum erstenmal benutzt worden. Als gestern nachmittag ein mit 3000 Ziegelsteinen beladener Wagen die Brücke passierte, brachen die Nieten, die die Querträger in der Mitte hielten. Die Brücke brach zusammen und der Wagen stürzte in die Hoehne. Zwei Arbeiter wurden getötet, zwei schwer verletzt; vier konnten sich in Sicherheit bringen.

× **Zu unserem Bedauern ...** Die in Manson im Staate Iowa erscheinende Zeitung hat eine Mitteilung gebracht, der zufolge ein junger Mann bei einem Automobilunfall ums Leben gekommen sei. Die Nachricht stellte sich als unrichtig heraus. Das Dementi wurde in folgender Form gebracht: „Die Nachricht vom Tode des jungen Kempf wurde uns von vertrauenswürdiger Seite gebracht. Zu unserem Bedauern haben wir erfahren, daß sie unrichtig ist."

Schlesische Nachrichten.

1914—1924.

Als am 1. August vor zehn Jahren der erste Mobilmachungstag der deutschen Wehrmacht verkündet wurde, begann für Europa und im besonderen für Deutschland eine Leidenszeit, an deren Herbeiführung wir trotz des uns in Versailles abgepreßten Schuldbekenntnisses keine moralische Schuld haben. Viereinhalb Jahre wütete der furchtbarste aller Kriege und weitere fünfeinhalb Jahre nach seinem für Deutschland so tragischen Abschluß wurde der Krieg mit anderen Mitteln fortgesetzt. Die europäischen Staatsmänner auf der Gegenseite schleppten sich von Konferenz zu Konferenz, um einerseits die Früchte ihres Sieges sicherzustellen, andererseits aus Deutschland an Kriegsentschädigungen herauszupressen, was nur irgendwie herauszupressen war und drittens, um ihre politische, militärische und wirtschaftliche Hegemonie für immer aufzurichten. Die zehn Jahre seit dem 1. August 1914 bedeuten für das deutsche Volk eine Leidenszeit ohnegleichen, und das einzige Aktivum, das wir am Ende dieser zehn Jahre zu verzeichnen haben, ist die Einheit des Deutschen Reiches. Damit aber ist uns auch der Grundstein erhalten geblieben, auf dem wir das neue Gebäude errichten können und errichten müssen.

Errichten müssen! Denn wenn wir diese Einheit preisgeben, so ist damit unser Schicksal als Nation besiegelt. Am 1. August 1914 sah die Welt ein Volk, das von einem Gedanken getragen wurde, das Vaterland zu verteidigen, die deutsche Wirtschaft und die deutsche Kultur zu retten. Nach zehn Jahren gibt es keinen sehnlicheren Wunsch, als daß dieser einheitliche Wille des deutschen Volks wiederum so werde, wie er damals war. Gewiß, das ist der Wunsch und das Ziel aller Parteien, Organisationen, Interessenverbände, der Wunsch der Arbeitgeber und auch der Arbeitnehmer. Worüber man verschiedener Meinung ist, das ist der Weg, wie man dieses Ziel erreichen soll. Man wird sich vielleicht eher klar über den Weg, wenn man sich den 1. August 1914 noch einmal vor Augen führt, der eine und der andere streicht von seinen Wünschen und Forderungen vielleicht eher etwas ab, um die Linie zu finden, auf der man zur Volksgemeinschaft kommt, und auf der die Möglichkeit besteht, auf dem uns verbliebenen Grundstein neu aufzubauen.

Es ist ein merkwürdiger Zufall, daß ausgerechnet zehn Jahre nach dem Kriegsausbruch die Politiker sich in London versammelt haben, um den Krieg zu liquidieren. Aber es ist kein Zufall, wenn bei dieser Politikerversammlung die Wirtschaftler eine so große Rolle spielen; die neue Zeit manifestiert sich dadurch. Die Politiker haben es nicht fertig gebracht, bisher Mittel zu finden, um die europäische Katastrophe der Kriegs- und Nachkriegszeit zu beenden. Das deutsche Volk hat in den letzten Jahren eine Hoffnung nach der andern begraben müssen, die es gehegt hatte auf die endliche Befriedung Europas und damit auf die Erreichung wenigstens einer relativen Ruhe für Deutschland. So darf man sich nicht wundern, wenn wir auch der Londoner Konferenz mißtrauisch gegenüberstehen, und unsere Erwartungen sehr niedrig geschraubt haben. Aber gerade deshalb sollten wir uns an dem Tage der zehnjährigen Wiederkehr des ersten Mobilmachungstages darauf besinnen, daß wir eines ohne fremde Hilfe schaffen können, das ist die schicksalsverbundene Volksgemeinschaft, wie wir sie am 1. August 1914 erlebt haben. Sie müssen wir unter allen Umständen wieder gewinnen!

Weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage.

In der Woche vom 17. bis 23. Juli hielt im Bezirk des Schlesischen Landesarbeitsamts in sämtlichen Industriezweigen die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage weiter an, wenngleich sich zahlenmäßig dies nicht sehr ausprägte, da die Landwirtschaft stark aufnahmefähig war.

In der Landwirtschaft bestand die starke ungedeckte Nachfrage nach Erntearbeitern weiter fort, aber auch Landarbeiterfamilien wurden vereinzelt gesucht.

Im Bergbau ist die Vermittlungstätigkeit in Oberschlesien ruhig. Im mittelschlesischen Revier fanden Entlassungen bei der Berg- und Hütten-AG. „Buhag" in Jannowitz, Kr. Schönau, statt. Auch in den Braunkohlengruben des Oberlausitzer Reviers werden fast täglich Entlassungen vorgenommen. Im Kreise Freystadt hat die Emmagrube den größten Teil ihrer Belegschaft entlassen. Der Streik in den niederschlesischen Hüttenwerken hält an. Die Entlassungen in Polnisch-Oberschlesien dauern weiter fort.

In der Industrie der Steine und Erden fanden weitere Stillegungen von Ziegeleien statt (Wohlau, Glatz, Schönau, Freystadt, Frankenstein, Bolkenhain). Entlassungen wurden von zwei Kalkwerken im Kreise Schönau vorgenommen. Die Porzellanfabriken der Gebrüder Pohl in Haselbach, Kr. Landeshut, und in Schmiedeberg sind stillgelegt worden, ebenso ist die Stillegung zweier großer Porzellanfabriken im Waldenburger Bezirk erfolgt. Die Porzellanfabrik Fabig in Peterwitz bei Frankenstein mußte stillgelegt werden. Auch in der Glasindustrie fanden weitere Entlassungen bzw. Ankündigungen von Stillegungen statt (Glatz, Rothenburg, Görlitz).

In der Metallindustrie hält die rückläufige Bewegung weiter an. Weitere Entlassungen wurden in Breslau bei der Linke-Hofmann-Lauchhammer-AG. beobachtet. In Liegnitz hat die Firma Ceres ihren Betrieb stillegen müssen; zur Entlassung kamen etwa 200 Arbeiter und Angestellte. Entlassungen bei der Firma Smoschewer-Schmiedefeld, deren Betrieb infolge Schadenfeuers zum Teil stillgelegt werden mußte, sind in Aussicht gestellt. In Jauer wurde die landwirtschaftliche Maschinenfabrik der Firma Pretzel stillgelegt. In Oberschlesien fanden Stillegungen bei der Schmiedewerkstatt der Oberschlesischen Eisenindustrie-AG. zu Gleiwitz statt. Ferner hat die Maschinenfabrik Theresienhütte in Falkenberg Arbeitszeitverkürzung eingeführt. In Ohlau konnten Neueinstellungen von Arbeitskräften bei der Waggonfabrik Wollny beobachtet werden.

Im Spinnstoffgewerbe setzt sich die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage weiter fort. Neue Aufträge fehlen fast vollkommen. Die Betriebe der Firmen Petzold u. Hoffmann, Spinnerei, Altwasser und Pabel, Mechanische Weberei in Neu-Salzbrunn wurden stillgelegt. Auch im Glatzer Bezirk fanden weitere Entlassungen statt, ebenso in Landeshut, wo die Arbeitsmarktlage als äußerst ungünstig geschildert wurde. Im Reichenbach-Langenbielauer Bezirk hat die Baumwollspinnerei Peterswaldau den Betrieb am 19. d. M. stillgelegt und hat 200 Arbeitskräfte entlassen. Ebenso beabsichtigt die mechanische Weberei Peterswaldau in nächster Zeit ihren Betrieb stillzulegen. Im Laubaner Bezirk wurden weitere erhebliche Betriebseinschränkungen und Arbeitszeitverkürzungen bei fast allen Betrieben vorgenommen, so daß durchschnittlich nur an zwei bis drei Tagen in der Woche gearbeitet wird. Im Liegnitzer Bezirk sind die Heimarbeiterinnen der Textilindustrie ausgesperrt.

In der Papierindustrie wurde Zeitungsmeldungen zufolge die Krappitzer Zellstoffabrik im Kreise Oppeln stillgelegt. Entlassungen fanden in der Papierindustrie des Rothenburger Kreises statt.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe wurde im Wohlauer Kreise ein Sägewerk stillgelegt. Im Habelschwerdter Bezirk fand eine weitere Betriebseinschränkung bei der Holzwarenfabrik Jaschke u. Co., Ebersdorf, statt. In Breslau nimmt die Zahl der Arbeitsuchenden in der Holzindustrie, namentlich in der Möbelindustrie, weiter zu. Größere Entlassungen wurden bei zwei Möbelfabriken in Liegnitz beobachtet. Im Lauban er Kreise mußten die beiden größten Möbelfabriken Ruscheweyh und Hainke in Langenöls die Arbeitszeit auf drei Tage in der Woche verkürzen.

Im Bekleidungsgewerbe bestand etwas größere Nachfrage nach Arbeitskräften für die Damenkonfektion. Dagegen fanden Entlassungen in der Herrenkonfektion statt. Im Kreise Hirschberg ist die Entlassung der gesamten Belegschaft der Schürzenfabrik und Blaudruckerei von Partsch in Schmiedeberg in Aussicht gestellt.

Im Baugewerbe hält durchweg die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage an. Entlassungen wurden im Glatzer Bezirk beobachtet, ebenso in Wohlau, wo zwei Baugeschäfte vollständig stillgelegt wurden. Größere Entlassungen wurden in den Kreisen Habelschwerdt, Liegnitz und Görlitz beobachtet, doch beschränkten sich diese in Breslau auf die Bauhilfsarbeiter. In Steinau hat das Wasserbauamt seinen Betrieb wieder aufgenommen. Es konnte eine Anzahl Tiefbauarbeiter dorthin vermittelt werden. Stillgelegt wurde eine Ofenfabrik in Waldenburg. In Breslau bestehen für Töpfer keine Unterbringungsmöglichkeiten, während die Vermittlung von Malern besser war.

In der Gast- und Schankwirtschaft war die Nachfrage nach männlichem und weiblichem Personal aller Art in den Gebirgsorten stark. Die Vermittlungstätigkeit war sehr rege.

Das Angebot von Hausangestellten ist weiter gestiegen, während die Nachfrage sehr stark zurückgegangen ist.

Für kaufmännische Angestellte ist die Arbeitsmarktlage nach wie vor ungünstig, da im Zusammenhang mit den Betriebsstillegungen auch die kaufmännischen Angestellten zur Entlassung kamen. Nachfrage besteht zur Zeit nicht. Für Büroangestellte und Techniker aller Art ist die Arbeitsmarktlage unverändert ungünstig.

Aenderungen im Militärversorgungsrecht.

Das Militärversorgungsrecht erfährt auf Grund der Verhandlungen im Reichstag mit Wirkung vom 1. August 1924 verschiedene Aenderungen, von denen folgende besonders wichtig sind:

Die Grundbeträge an Versorgungsgebührnissen sind gegenüber den im Dezember 1923 festgestellten um 50 v. H. erhöht und die einfache Ausgleichszulage ist auf 35 v. H., die erhöhte auf 70 v. H. der Grundbeträge festgesetzt worden. Die Unterhaltungskosten für den Blindenführerhund betragen jetzt in den einzelnen Ortsklassen 108—125 M. jährlich. Für die Gewährung der Elternrente für ein Elternteil ist die Bedürftigkeitsgrenze zugunsten der Berechtigten erweitert worden. Die durch die Personalabbauverordnung geschaffene Bestimmung, daß in Versorgungssachen eine durch ein Rechtsmittel angefochtene Entscheidung auch zu Ungunsten der Partei, die das Rechtsmittel eingelegt hatte, geändert werden konnte, ist wieder aufgehoben worden. Die Kriegsblinden erhalten, soweit dies noch nicht geschehen, Blindenuhren vom Reich. Bei der Rentenzahlung für August, die in den letzten Tagen des Juli durch die Postanstalten erfolgt, konnten die Erhöhungen nicht mehr berücksichtigt werden, da die Zahlungslisten bereits bei der Postanstalt vorliegen. Die Nachzahlung erfolgt zusammen mit der Rentenzahlung für September in den letzten Tagen des August. Die Zusatzrenten für August werden dagegen Mitte August bereits mit den Sätzen von den Fürsorgestellen zur Auszahlung gebracht.

* **Spaltung im Preußischen Polizeibeamtenverband.** Die schon seit langem drohende Spaltung im Schraderverbande scheint jetzt akut zu werden. Von Beamten der Schutzpolizei ist jetzt ein „Interessenverband der preußischen Schutzpolizeibeamten" (Sitz Berlin) gegründet worden, der nur die Interessen der Schutzpolizei vertreten will. In einem Flugblatt, in dem der neue Verband seine vollkommene politische Neutralität versichert, wird zum Zusammenschluß der 40 000 Schutzpolizeibeamten aufgefordert, um die wirtschaftliche und soziale Besserstellung dieser Beamtengruppe herbeizuführen.

* **Amtliche Großhandels-Indexziffer.** Die auf den Stichtag, den 29. Juli, errechnete Großhandels-Indexziffer des statistischen Reichsamts in Berlin ist gegenüber dem Stande am 22. Juli (114,5) im wesentlichen unter dem Einfluß der wieder anziehenden Getreidepreise auf 118, 5 oder um 3,5 Proz. gestiegen.

* **Blindenhunde ohne Maulkorb.** Der Regierungspräsident hat einem Antrage des Bundes der Kriegsblinden entsprechend, genehmigt, daß die Diensthunde der Kriegsblinden auch während der Dauer einer Hundesperre während des dienstlichen Gebrauches auf der Straße ohne Maulkorb geführt werden und auch in öffentliche Lokale ohne Maulkorb zugelassen werden können. Hierbei ist aber zur Bedingung gemacht, daß die Hunde stets angeschirrt sein müssen und sich auch bei längerem Verbleiben in einem Lokale immer angeleint bei ihrem Führer befinden.

Brieg. (Der Viehmarkt) am Dienstag wies trotz der Ernte einen sehr lebhaften Verkehr auf. Der Auftrieb war auf allen drei Marktplätzen ein recht guter, doch schien die Kauflust recht gering zu sein. Auf dem Schweinemarkt war das Angebot, außer Schlachtschweinen, außerordentlich stark. Es wurden gefordert für Saugferkel 15—30 M. das Paar, größere Ferkel 15—25 M. das Stück, Läufer 35—60 Mark, Futterschweine 70—85 M. Der Rindermarkt wies ebenfalls wieder starken Auftrieb auf, namentlich von Ochsen. Hier machte sich am wenigsten Umsatz bemerkbar. Die Preise stellten sich wie folgt: Nutzkühe 200—250 M., Kühe 100—200 Mark, Bullen 300—350 M., Schnittochsen 300—400 M., Fresser 50—80 M. Auf dem Pferdemarkt kam das Geschäft erst in den späten Vormittagstunden in Gang. Es kosteten Kutschpferde 700—800 M., Arbeitspferde 150—200 M., Stuten 800 bis 900 M., Hengste 1500 M., Fohlen 100—150 M., Schlachtpferde 30—35 M.

Liegnitz. (Tödlicher Unglücksfall.) Die 27jährige Kaufmannsgattin Frieda Fellmann wollte mit dem Personenzuge in der Richtung Naudten verreisen. Nachdem sie am Gepäckwagen ihr Fahrrad aufgegeben hatte, wollte sie aus ihrer Tasche, in der sich ein Browning-Revolver befand, ihr Taschentuch herausziehen. In demselben Augenblick entlud sich die Waffe und der Schuß drang der Frau in den Unterleib. Obwohl ihr alsbald ärztliche Hilfe zuteil geworden war, verstarb sie jedoch nach ihrer Einlieferung ins städtische Krankenhaus.

Landeshut. (Hartnäckiger Brandstifter.) Wie wir kürzlich meldeten, hat eine unbekannte Person fünfmal versucht, die dem Hotel „Kaiserhof" gehörige Scheune in Brand zu stecken. Die Scheune wurde, um das Hotel nicht zu gefährden, abgebrochen. Nunmehr hat der Brandstifter, den man nicht ermitteln konnte, seine Tätigkeit in das Innere des Hotels verlegt. In einem seit einigen Tagen nicht besetzten Fremdenzimmer brach ein zweifellos böswillig angelegtes Feuer aus, welches aber noch rechtzeitig entdeckt wurde, so daß nur die Betten und Gardinen verbrannten.

Grüssau. (Der Provinzial-Konservator für Kunstdenkmäler), Burmester Breslau, besichtigte dieser Tage das Kloster Grüssau und die nähere Umgebung. Nach der eingehenden Besichtigung wurde ein Ortsstatut für Hermsdorf-Grüssau und den Gutsbezirk festgelegt, sowie die Grenzen, in denen Baulichkeiten nur ausgeführt werden dürfen, welche sich den an historischen und prächtigen Baudenkmälern so reichen Landschaftsbildern anpassen. Es wurde ein Ausschuß gegründet, welchem Baupläne vorgelegt werden müssen, in zweifelhaften Fällen dem Konservator für Kunstdenkmäler. Die von der Einwohnerschaft gehegte Befürchtung, daß sich die schon lange angemeldete Besichtigung gegen das Kloster Grüssau richten würde, war grundlos, im Gegenteil ist die Besichtigung sehr zugunsten des Klosters ausgefallen.

Reichenbach. (Kantor Welzel gestorben.) Der schwere Unglücksfall, von dem in der vorhergegangenen Woche Kantor Welzel von der hiesigen katholischen Volksschule betroffen wurde, hat nunmehr doch noch den Tod des Genannten zur Folge gehabt. Dadurch erleidet auch der Schlesische Sängerbund einen schweren Verlust, da Kantor Welzel zu den eifrigsten Förderern des Männergesanges in Schlesien zählte und wenige Tage vor seinem Unfall noch das große Gausängerfest in Reichenbach glänzend leitete. Es werden ihm tieferschütterte warmherzige Nachrufe aus allen Kreisen der Bürgerschaft gewidmet.

Langenbielau. (Leichenfund.) Im Walde bei Lampersdorf erhangen aufgefunden, wurde der Arbeiter Hermann Hielscher aus Langenbielau. Ein langwieriges Augenleiden hatte ihn in den Tod getrieben.

Schepankowitz OS. (Folgenschwere Keilerei.) Bei Gelegenheit einer Tanzmusik kam es unter mehreren Teilnehmern wegen eines Mädchens zu Auseinandersetzungen, die bald in Tätlichkeiten ausarteten und wobei das Messer eine große Rolle spielte, dem der Stellenbesitzersohn Josefas zum Opfer fiel. Als dessen Vater die Nachricht von der Ermordung seines einzigen Sohnes erhielt, erlitt er einen Schlaganfall und brach tot zusammen.

Breslauer Nachrichten.

(Ein schwerer Eisenbahndiebstahl) wurde in einem von hier nach Frankfurt a. M. durchgehenden Wagen ausgeführt. Dabei wurden folgende Schmucksachen gestohlen: Ein Platinreif (Armband mit Gliedern), in dessen Mitte sich eine große Perle und an jeder Seite ein Brillant befanden, eine goldene Vorsteckknadel mit vier Smaragden in Quadratform und drei Diamanten, eine Platinhalskette mit einem Anhänger in Gestalt eines eckig eingefaßten Aquamarin und über diesen ein Dreieck aus Brillanten, eine Platinnadel mit einem Aquamarin in der Mitte und rechts und links ein Brillantdreieck. Der Gesamtwert der gestohlenen Schmucksachen beträgt 4000 Goldmark.

Generalstreik in Polnisch-Oberschlesien.

Bis auf eine Hütte und eine Grube liegen heute sämtliche Betriebe Polnisch-Oberschlesiens still. Die polnische Regierung wird voraussichtlich den Arbeitsminister Barowski nach Oberschlesien tensenden. Die Arbeitgeber erklären, daß sie unter keinen Umständen in der Lohnfrage nachgeben können.

Breslauer Schlachtviehmarkt.

Hauptmarkt am 28. Juli 1924.

Der Auftrieb betrug: 712 Rinder 2123 Schweine, 1070 Kälber, 663 Schafe.

Ueberstand vom vorigen Markte waren 6 Rinder, 69 Schweine — Kälber, 6 Schafe.

Es wurden bezahlt für 50 kg Lebendgewicht in Goldmark — 1 Billion.

Rinder. 1. Ochsen: a) vollfl., ausgem., höchst. Schlachtwerts die noch nicht gezog. haben (ungejocht) 42—44, b) vollfl., ausgem. im Alter von 4—7 Jahren 36—41, c) junge fleisch., nicht ausgem. u. ältere ausgem. 30—35, d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere 20—28. 2. Bullen: a) vollfl., ausgewachsene höchsten Schlachtw. 41—44, b) vollfl., jüng. 35—40, c) mäßig genährte junge u. gut genährte ältere 30—34, 3. Kalben und Kühe: a) vollfl., ausgem. Kalb. höchsten Schlachtwerts 40—44, b) vollfl. ausgem. Kühe höchsten Schlachtw. bis zu 7 Jahren 36—39, c) ält. ausgem. Kühe und wenig gut entwick. jüng. Kühe u. Kalb. 30—35, d) mäßig genährte Kühe und Kalb. 23—28, e) gering genährte Kühe und Kalb. 15—22.

Kälber. a) Doppellender feinst. Mast — bis —, b) feinste Mastkälb. — bis —, c) mittlere Mast- u. beste Saugkälb. 52—54, d) geringe Mast- und gute Saugkälber 45—51, e) geringe Saugkälber 35—44.

Schafe. Stallmastschafe. a) Mastlämmer u. jüngere Masthammel 50—52, b) ältere Masthammel, geringere Mastlämmer u. gut genährte junge Schafe 40—49, c) mäßig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe) 18—30.

Schweine. a) Fettschweine über 150 kg 68—70, b) vollfl. über 120 b. 150 kg 65—67, c) vollfl. über 100 b. 120 kg 62—64, d) über 80—100 kg 59—61, e) bis 80 kg bis —, f) Sauen u. geschnittene Eber 55—65.

Geschäftsgang: Alle Gattungen mittel.

Oeffentl. Stadtverordneten-Sitzung
vom 31. Juli.

Den Vorsitz führte Bürgermeister Prietzel. Es fehlte mit Entschuldigung Stadtv. Lux.

1. **Die neuen Ratmänner**, die Herren Mager, Möbs und Schmidt, wurden vom Bürgermeister eingeführt und durch Handschlag verpflichtet.

2. **Zu Mitgliedern des Gesamtschulverbandes** wurden gewählt, evang.: Ackerbürger Karl Scholz, Schmiedemeister Schiege, Arbeiter Latschinski; kathol.: Oberpostschaffner Bialek, Tischlermeister Töpper, Arbeiter Jendrosch.

3. **Die Uebernahme des Fürsorgeberechtigten Pfeiffer** als Polizei-Betriebsassistent wurde von der Versammlung, gemäß einem schon früher gefaßten Beschluß, auch diesmal abgelehnt.

3. **Die Beförderung des Polizei-Betriebsassistenten Conhoff** zum Polizeiassistenten wird von der Versammlung genehmigt.

5. **Als Schulbeitrag für die Fortbildungsschule** haben die Gewerbetreibenden für jeden Lehrling 1 Mark pro Jahr zu entrichten; Nichtgewerbetreibende zahlen 3 Mark für jeden schulpflichtigen Lehrling.

6. **Kenntnisnahmen usw.** Herr Postmeister Fröhwird zum Schiedsmannstellvertreter gewählt. — Für die ev. und kath. Gemeindeschwester werden jährlich je 100 Mark bewilligt. — Dauer der Sitzung $2^1/_4$ Stunden.

Evangel. Kirchgemeinde. Der Gottesdienst am nächsten Sonntag soll anläßlich des Gedenktages des Kriegsausbruches zu einem Trauergottesdienst ausgestaltet werden. Es wäre zu wünschen, daß recht viele unser Kriegerdenkmal zu diesem Tage mit Kränzen schmückten.

Gr. Weigelsdorf. (Einführung.) Montag, den 27. Juli fand hier im Gottesdienst die feierliche Einführung des in die 1. Lehrer- und Organistenstelle berufenen Kantors Renner statt. Durch zahlreiches Erscheinen im Gottesdienst bekundete die Gemeinde ihm, ebenso wie Pastor Börner in seiner Einführungsrede, ein herzliches Willkommen.

Kirchl. Nachrichten d. ev. Gemeinde Hundsfeld

Sonntag, den 3. August (7. u. Trin.) 9 Uhr Gottesdienst (Gedächtnisfeier für die Gefallenen). Pastor prim. Raebiger. 5 Uhr Monatsversammlung des Arbeitervereins im Altersheim. Abendmahlsfeier und Kindergottesdienst fallen aus. Kollekte für das Lehmgrubener Diakonissen-Mutterhaus in Breslau.

Bekanntmachung
betreffend
staatliche Grundvermögensteuer und Hauszinssteuer.

Die Steuerwerte der Grundstücke sind nachgeprüft worden. Soweit das Ergebnis von der bisherigen Veranlagung abweicht, haben die Steuerschuldner schriftliche Nachricht erhalten. Die anderen Steuerschuldner haben die Steuer in der bisherigen Höhe bis zum 15. jeden Monats ohne besondere Aufforderung weiterzuzahlen. Auch sie können gegen das Ergebnis der Nachprüfung und die darauf gegründete neue Veranlagung binnen einem Monat, vom Tage dieser Bekanntmachung an gerechnet, Einspruch bei dem Vorsitzenden des Grundsteuerausschusses in Oels einlegen. Die Zahlung der Steuer wird dadurch nicht aufgehalten. Für die Untersuchung der als unbegründet zurückgewiesenen Einsprüche gelangt eine besondere Gebühr zur Erhebung.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die Hauszinssteuer vom 1. Juli 1924 ab um 100 Prozent der staatlichen Grundsteuer, oder 25 Prozent der bisherigen Hauszinssteuer, oder auf 500 Prozent der staatl. Grundsteuer erhöht ist.

Hiernach für Juli noch etwa zu zahlende Beträge sind bei der Zahlung der Steuern für August (bis 15. 8. 24) an die Kämmereikasse mit abzuführen.

Hundsfeld, den 31. Juli 1924.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Urliste der in hiesiger Stadt wohnenden Personen, welche für das Jahr 1925 zu dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, liegt in der Zeit vom 2. August bis einschließlich 9. August 1924 im Magistratsbüro hierselbst öffentlich aus.

Gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Urlisten kann innerhalb der einwöchigen Auslegefrist schriftlich oder zu Protokoll hier Einspruch erhoben werden.

Hundsfeld, den 1. August 1924.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die festgesetzte Hundesteuer-Hebeliste für das 1. Halbjahr 1924 (1. 4. 24 bis 30. 9. 24) liegt in der Zeit vom 2. August bis einschl. 9. August 1924 im Magistratsbüro zur Einsicht öffentlich aus. Einsprüche sind in der angegebenen Zeit hier anzubringen.

Hundsfeld, den 1. August 1924.

Der Magistrat.

Gelegenheitskauf! Zurückgenommenes eichenes Schlafzimmer, komplett, mit guten roten Drellmatrotzen für 350 Goldm. zu verk.
Richard Glump, Hundsfeld, Görlitzerstr. 14.

Das Herren-Massgeschäft
A. Berkowitz
in Gross Weigelsdorf
empfiehlt sich zur Anfertigung
eleganter Herren-Garderobe
unter Garantie für guten Sitz.
Große Auswahl in Stoffen
Garbardien und alle Farben) sowie Reitkord, Sammtmanchester in nur besten Qualitäten zu soliden Preisen.

. Kahlköpfigkeit
ist meistens die Folge von unsachgemäßer Haarpflege. Die Poren der Kopfhaut werden durch Schweiß und Staub verstopft, es bilden sich Schuppen und Schinnen und das Haar wird in seinem Wachstum gehemmt. Da hilft nur eine regelmäßige Kopfwäsche, die den Haarboden gesund erhält. „Schaumpon mit dem schwarzen Kopf" ist durch seine überraschende Reinigungskraft und desinfizierende Wirkung das idealste Kopfwaschmittel und beugt allen Haarkrankheiten vor. Beim Einkauf achte man stets auf die weltbekannte Schutzmarke „Schwarzer Kopf".

Für die uns anlässlich unserer Vermählungsfeier zuteil gewordenen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten sagen wir hierdurch allen unseren
herzlichsten Dank.
Hundsfeld, den 1. August 1924.
Paul Jerchel u. Frau.
Martha geb. Schubert.

Krieger-Verein Hundsfeld.
Sonntag, den 3. August:
Gedächtnis-Gottesdienst
für die im Weltkriege gefallenen Kameraden. Nach dem Gottesdienst Versammlung im Vereinslokal.
Der Vorstand.

Gr. Weigelsdorf.
Schädel's Saal- u. Garten-Etablissem.
Sonntag, den 3. August
Grosses Tanz-Vergnügen
Hierzu ladet freundlichst ein
Herm. Schädel.

Pawelwitz.
Sonntag, den 3. August d. Js.
Großes Tanzvergnügen.
Hierzu ladet freundlichst ein
Max Hertel.

Brauerei Sacrau
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
Hochprozentige Spezialbiere
Deutsches Pilsner
und
nach **Culmbacher** Art
in Flaschen (Brauereiabzug) u. Fässern.
Fernsprecher: Ring 1975 und 6307, Hundsfeld 51.

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen,
neuzeitliche Küchen,
sowie Ergänzungsstücke, neu und gebraucht reell und preiswert bei
Richard Glump, Tischlermstr.
Hundsfeld, Görlitzerstraße 14
Teilzahlung gestattet.

Strümpfe
zum Anstricken
nimmt an
Frau Bieder,
Sacrau, Trebnitzerstr. 8

Absatzferkel
hat abzugeben
Paul Scholz,
Gr. Weigelsdorf.

1 Kalbskuh
verkauft
Barnofsky, Wildschütz.

Beim Waschen
kommst Du leicht zum Ziel, nimmst Du nichts andres als
Persil
Wer sich Persil zur Wäsche hält, der sparet Kohle, Zeit und Geld!

Freiwillige Feuerwehr
Montag, den 4. Aug. abds. $^1/_2$7 Uhr
Uebung.
8 Uhr
Monatsversammlg.
bei Menzel.
Der Vorstand.

Kräftiger
Kutscher
der Landwirtschaft versteht kann sich melden.
Bäckermeister
Zedler, Cawallen

Aelteres, kinderloses Ehepaar sucht per bald in Hundsfeld
möbl. **Zimmer**
mit Kochgelegenheit. Off. unt. H. S. 62 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Warnung.
Auf meinem Kartoffelfelde liegen scharfe
Selbstschüsse.
A. Nazareth,
Glockschütz.

Hyg. Gummiwaren,
Spül- und Mutterspritzen, kosm. Frauenartikel billigst
Fr. O. Daumann, Breslau, Ohlauer-Stadtgraben 14.

Hygienische Gummiwaren
aller Art, Irrigatoren, Monatsbinden, sowie alle Artikel zur
Kranken- und Wochenbettpflege
ferner
Nähr- und Kräftigungsmittel
für Erwachsene und Kinder empfiehlt
Adler-Drogerie
Hundsfeld.

Sacrau.
Empfehle meine neu eröffnete
Mechan. Werkstatt und Schlosserei
Reparatur von Fahrrädern, Lieferung sämtlicher Ersatzteile, Instandsetzung landw. Maschinen: Zentrifugen usw.
Neuausführung von Radio-Anlagen
nach polizeilichen Vorschriften schnell und außerordentlich preiswert.
Curt Fritsche, Mechaniker.
Verkaufsstelle: Hundsfelderstr. 2, bei Hrn. Gernoth.
Werkstatt: Römergasse 12.

Achtung! Preis-Ausschreiben. Achtung!
Gesunde Füße und viel Geld
Braucht ein jeder auf der Welt.
Um das Hühneraugenmittel „**Fortschritt**" weitgehendsten Kreisen der Bevölkerung zugängig zu machen, veranstalte ich folgendes Preisausschreiben.

Aufgabe.
Es wird ein kurzgehaltener Reim, Reklame zweckdienlich, über das Hühneraugenmittel „Fortschritt" verlangt. Für die besten 500 Lösungen sind folgende Preise, im Gesamtwert von **22450 Rentenmark**, ausgesetzt.

1.	Preis	1 Auto, 6sitz. 10/30 Protus im Werte von	Rm.	12 000,—
2.	„	1 Auto, 2sitz. Sportwagen, „ „ „	„	3 000,—
3. u. 4.	„	je eine 1a Ledergarnitur mit Schreibtischsessel, im Werte von 1000,—	„	2 000,—
5.—8.	„	je eine 1a Ledergarnitur im Werte von 500,—	„	2 000,—
9.—14.	„	je 100,— Rm. bar	„	600,—
15.—22.	„	je 50,— „ „	„	400,—
23.—30.	„	je 25,— „ „	„	200,—
31.—50.	„	je 10,— „ „	„	200,—
51.-100.	„	je 5,— „ „	„	250,—
101.-500.	„	je 2,— „ „	„	800,—

A. An dem Preisausschreiben kann sich jeder beteiligen.
B. Jeder Lösung sind ein Freibriefumschlag mit genauer Adresse des Absenders sowie eine Rentenmark beizufügen, wofür jeder Einsender 14 Tage nach dem Endeinsendungstermin eine Originalpackung Hühneraugenmittel „Fortschritt" und den evtl. errungenen Preis zugesandt erhält.
C. Bei mehr resp. weniger als 100 000 Einsendungen erhöht resp. erniedrigt sich der Preis prozentual.
D. Das Preisrichter-Kollegium stellt sich aus folgenden Herren zusammen: Fischindustrieller Willy Jacobi, Altona — Hugo Jockaeck, Hamburg — Friedo Knoop, Prokurist der Fa. Franz Hansen, Hamburg — Heinrich Ramm, Inh. der Norddeutschen Ledermöbelfabrik, Hamburg.
E. Das Preisausschreiben erfolgt unter Ausschluß des Rechtsweges und erklärt sich jeder Teilnehmer mit dem Schiedsspruch des Preisrichterkollegiums einverstanden.
F. Sämtliche Lösungen sind an das medizinische Versandhaus **Victor Schlienz**, Hamburg. Kaiser Wilhelmstraße 35, zu richten.

Der letzte Termin für die Einsendung ist der 15. August 1924.
Die Ledergarnituren sind bei der Norddeutschen Ledermöbelfabrik, Hamburg, Großer Burstah, ausgestellt.

Victor Schlienz, Hamburg, Kaiser Wilhelmstr. 35.

Druck und Verlag: G. Kopjewski, Hundsfeld. Verantwortlicher Redakteur: G. Kopjewski, Hundsfeld.